

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902**

29.5.1902 (No. 144)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 29. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 144.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

Des Fronleichnamfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Freitag Abend.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Oberbeschließener Friederike Berger in Karlsruhe die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kammerherrn und Obersten z. D. Freiherrn Koeder von Diersburg in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verliehenen Komthurkreuzes des Greifenordens zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Leibkuchler Johann Soulier in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verliehenen großen silbernen Verdienstmedaille zu ertheilen.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 21. Mai d. J. wurde Expeditionsassistent Julius Metz in Bruchsal zur Verhinderung der Betriebsassistentenstelle nach Osterburken versetzt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 22. Mai d. J. wurde Expeditionsassistent Otto Triton in Freiburg zur Centralverwaltung versetzt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Lehrerklagen.

II.

In einzelnen Blättern findet man die Meinung vertreten, daß der Mehraufwand der Staatskasse infolge der Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts und der neuerlichen Novelle in Höhe von rund 2,3 Millionen Mark zu einem erheblichen Theil den Gemeindefinanzen und nicht den Lehrern zu Gute gekommen ist oder zu Gute kommen soll; es sind aber diese 2,3 Millionen Mark an die Lehrer ausschließlich zur Auszahlung bestimmt. Es ist ebenfalls unrichtig, zu meinen, daß in die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel 4000 Lehrer sich zu theilen hätten; denn es stehen nur die aus der Staatskasse bezahlten Lehrer in Frage mit einer Kopfszahl von 3214. Will man aber einen Vergleich mit der für die etablierten Beamten bewirkten Wohnungsgeldebesserung anstellen, so stehen 12924 Beamten sogar nur 2334 Hauptlehrer gegenüber; für die Ersteren ergibt sich eine durchschnittliche Aufbesserung von 137 M. und für die Beamten der Abtheilung G des Gehaltstaxifs eine solche von 171 M. auf den Kopf; für die Hauptlehrer dagegen (als Folge der Beseitigung der Uebergangsbestimmungen und der Dienstzulage-Gewährung, welche beide Maßnahmen rund 620 000 M. erfordern) eine durchschnittliche Aufbesserung von 268 M. Die jetzt den Hauptlehrern zugeordnete Aufbesserung ist also beträchtlich höher als die den Beamten durch das Wohnungsgeldegesetz gewährte. Berücksichtigt man dabei, daß über die Hälfte der Beamten in den Orten I. Ortsklasse mit hohen Mietzpreisen und dementsprechend hochbemessenen Wohnungsgeldbeträgen ihren dienstlichen Wohnsitz haben, während von den hier in Betracht kommenden Hauptlehrern in Orten der I. Klasse überhaupt keiner, dagegen in solchen der V. Klasse sich 2080, also über 1/10 der Gesamtzahl sich befinden und beachtet man ferner, daß in dieser V. Ortsklasse die Durchschnittsaufbesserung der Beamten der Abtheilung G nur 52,6 M.

beträgt, so tritt die ungewöhnliche Bevorzugung der Lehrer durch das neue Gesetz, speziell gegenüber den Beamten der Abtheilung G, mit denen jene sich hauptsächlich zu vergleichen pflegen, in schlagendster Weise zu Tage.

Trotz dieser offenkundigen und an der Hand der Gesetzesvorlage leicht ersichtlichen Thatsachen wird in neuerlichen, aus Lehrerkreisen stammenden Artikeln an der Vorgabe, daß die „Jubiläums-Gabe“ der Regierung nur eine „50-Mark-Zulage“ bringe, beharrlich festgehalten. Diese tendenziöse Art der Behandlung der Lehrer-Einkommensverhältnisse, die Wesentliches verschweigt, um die öffentliche Meinung irre zu leiten, ist freilich nichts Neues. Sie ist in besonders bezeichnender Weise gelegentlich der Erlassung der heftigen Volkschulgesetzgebung zu Tage getreten, für deren liberale Ausgestaltung gegenüber der „Engherzigkeit“ der Einkommensverhältnisse der badiischen Lehrer die Lehrerpresse nicht genug Worte der Rühmens fand. Nun räumt freilich die heftige Gesetzgebung den Lehrern einen Höchstgehalt von 2800 M. ein, sie ermöglicht aber — im Gegensatz zu der badiischen Gesetzgebung — nur ein sehr langsame Vorrücken in den Höchstgehalt. Rechnet man aus, was ein badiischer Hauptlehrer nach dem neuesten Gesetzesvorschlag während seiner Dienstzeit im ganzen an Gehalt und was ein heftischer Lehrer auf Grund der heftigen Gesetzgebung im Ganzen erhält, so ergibt sich für die badiischen Lehrer für die ersten 31 Dienstjahre ein Vorsprung von 1150 M.; und erst im 32. Dienstjahre vermindert sich dieser Vorsprung und wandelt sich allmählich in einen Plusempfang des heftischen Lehrers um, der in dem Umfang ansteigt, in dem letzterer dem Höchstgehalt von 2800 M. näher kommt, beziehungsweise ihn erreicht. Das aber wieviele die große Mehrzahl der Lehrer hat eine geringere Dienstzeit als 32 Dienstjahre — wird also in der Folge immer noch günstiger gestellt sein als die heftische Lehrerschaft, eine Thatsache, die den Vorkämpfern der badiischen Lehrerschaft wohl bekannt ist, aber in der Polemik gegen die badiischen Schulverhältnisse ebenso geschildert unbeachtet bleibt, wie man jetzt den Anschein zu erwecken sich bemüht, als ob die neueste Vorlage es auf eine ärmliche „Subsidiums-Gabe“ von 50 M. abgesehen habe.

Am bestreblichsten wirkt die Aufstellung des Satzes, daß der Rückgang des badiischen Volksschulwesens mit den ungenügenden Einkommensverhältnissen der Lehrer in ursächlichem Zusammenhang stehe. Vor 10 und mehr Jahren hörte man nur Lobendes über die Leistungen unserer Volksschulen und es ist kaum glaubhaft, daß in dem letzten Jahrzehnt, in dem für die materielle Besserstellung der Lehrer mehr geschah, als in den vorausgegangenen 30 Jahren zusammen, diejenigen Lehrer, die unter dem Druck der früheren Einkommensverhältnisse gleichwohl Tüchtiges leisteten, nunmehr, trotz finanzieller Besserstellung, plötzlich in ihrer Arbeitsfähigkeit nachgelassen haben sollen. Will man aber etwa eine relative Rückständigkeit der badiischen Volksschulen im Vergleich mit jenen in den andern deutschen Staaten als vorhanden annehmen, so kann auch diese Rückständigkeit nicht in der Bezahlungsweise der badiischen Lehrerschaft wurzeln, da die badiischen Lehrer in den kleineren und mittleren Orten in ihrer Gesamtheit oder doch in der überwiegenden Zahl ihrer Glieder gegenüber der Lehrerschaft in andern deutschen Staaten in materiell ungünstiger Lage sich seither nicht befunden haben. Wenn überhaupt eine solche Rückständigkeit vorhanden sein sollte, was dahin gestellt sein mag, so muß sie also in andern Ursachen und Umständen gesucht werden. Man kommt diesen Ursachen vielleicht näher, wenn man beachtet, daß der erzieherische Einfluß des Lehrers auf die Jugend in den Landgemeinden nicht nur von den Leistungen in der Schule allein abhängt, sondern auch davon, ob es dem Lehrer gelingt, in ein Vertrauensverhältnis zu den Eltern der Kinder zu treten, so daß der günstige Einfluß von Familie und Schule sich gegenseitig ergänzen. Manche Wahrnehmungen sprechen dafür, daß bei dem jüngeren Theil der Lehrerschaft des Landes, im Gegensatz zu den älteren Lehrern, leider die Beziehungen zu den Ortseinwohnern losere geworden sind, daß Lehrer und Einwohner sich fremder gegenüberstehen, als dies früher — zum Nutzen für beide Theile — üblich war und daß diese Entfremdung die Nachhaltigkeit des erzieherischen Einflusses auf die Jugend ungünstig beeinflusst. Daß das gegenwärtige Auftreten der Lehrerschaft gegenüber Regierung und Volksvertretung in den Landgemeinden nur mit fremdbildlichem Erstaunen wahrgenommen wird und dem Wirken

(Mit einer Beilage.)

der Lehrer nichts weniger als förderlich sein kann, ist eine unläugbare Thatsache. In ihrem eigenen Interesse wird die Lehrerschaft gut daran thun, eine Umkehr von der in den letzten Jahren beliebten Art der Agitation zu vollziehen, für die es in der Beamtenerschaft unseres Landes keinerlei Analogon gibt.

### Graf v. Bülow über die Polenfrage.

Bei der gestrigen ersten Berathung der Polen-Vorlage im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident Graf v. Bülow: Ich habe die Ehre, diesem hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes zu überreichen zur Ergänzung der Gesetze vom 26. April 1886 und vom 29. April 1898 über die Förderung der deutschen Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen. Hinsichtlich der Gründe, welche die Regierung zu ihrem Vorgehen bestimmt haben, kann ich mich um so kürzer fassen, als vor nicht allzu langer Zeit in diesem hohen Hause eine eingehende Debatte stattgefunden hat über die Politik der königlichen Staatsregierung in den gemischtsprachigen Provinzen und als ich mich bei diesem Anlaß über die Haltung der königlichen Staatsregierung in der Frage und über meine persönliche Stellung zu dieser Frage eingehend und rückhaltlos ausgesprochen habe. Die Frage steht am Ende so: Haben wir ein Recht, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, welche im Interesse der Sicherheit und Integrität der Monarchie notwendig sind? Wir haben dazu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht. (Sehr richtig!) Es ist für uns ein Gebot der Sicherheit, durch eine Kombination von Maßnahmen Schutzwehren auszuführen, damit an diesen Vollwerken die staatsfeindliche großpolnische Agitation, die staatsfeindlichen großpolnischen Zukunftsträume zerfellen. Unsere Aktion soll sich in dreifacher Richtung bewegen. Wir werden die verfassungsmäßigen Rechte unserer polnischen Mitbürger auch fernerhin gewissenhaft achten. (Widerpruch bei den Polen.) Geht werden wir das. Ich bin gar kein Freund einer Politik kleinlicher Polizeischikanen, ich halte nichts von einer Politik der Radikalität. Aber was abzielt auf eine Abänderung der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse, werden wir rückhaltlos unterdrücken (Weisfall), und endlich werden wir, wie ich das im Januar dargelegt habe, auf allen uns zugänglichen Gebieten das Deutschthum in materieller und kultureller Beziehung zu heben und zu fördern trachten. (Weisfall.) Als ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen zum Schutze des Deutschthums hat sich die innere Kolonisation bewährt. Sie hat sich bewährt in politischer Beziehung, indem durch die Heranziehung betriebamer, fleißiger, mit den nöthigen Geldmitteln ausgestatteter deutscher Landwirthe aus allen Theilen des Reiches der deutschen ländlichen Bevölkerung in jenen Gegenden ein neues werthvolles Element und eine kräftige Unterstützung in materieller Hinsicht zur Abwehr deutschfeindlicher Bestrebungen zugeführt wird. Sie hat sich aber auch bewährt in wirtschaftlicher Hinsicht, indem durch die planmäßige Auftheilung und Ansiedelung der vielfach verwahrlosten Güter, durch Meliorationen, durch die Anlage von Drainagen, den Ausbau von Wegen, durch die Einführung wirtschaftlicher Einrichtungen für die neu begründeten bäuerlichen Stellen und den Zusammenschluß derselben zu leistungsfähigen Landgemeinden an Stelle des oft existenzunfähigen, vom Untergang bedrohten Großgrundbesitzes der Hebung der Landeskultur im allgemeinen ein wichtiger Dienst geleistet wird. Ich habe deshalb bereits im Januar die innere Kolonisation der Provinzen Posen und Westpreußens als das wichtigste Mittel zum Schutze des Deutschthums in den bedrohten Provinzen bezeichnet. Von den Weisfallen, die ich damals als Mittel zum Schutze des Deutschthums auf die Zukunft einlösen will. Wie sie aus der Begründung der Vorlage ersehen haben, neigt sich der Anstiedlungsfonds, nachdem er bereits einmal vergrößert worden ist, allmählich seinem Ende zu. Wenn wir jene Politik fortsetzen wollen, die Fürst Bismarck 1886 unter der Zustimmung dieses hohen Hauses eingeschlagen hat, und wenn wir das in beschleunigtem Tempo thun wollen, was uns als Gegenaktion gegen das stetige Anwachsen des polnischen Grundbesitzes in den gemischtsprachigen Provinzen dringend notwendig erscheint — ich darf in dieser Beziehung an die Zahlen erinnern, welche ich im Januar aus dem Bericht der beiden Oberpräsidenten vorgelesen habe —, so ist die alsbaldige Neuanfüllung des Anstiedlungsfonds die unerlässliche Voraussetzung. Wir treten daher jetzt mit dieser Forderung vor völliger Erschöpfung des Fonds an Sie heran, um möglichst bald die gesetzlichen Fundamente für die Fortsetzung der bisherigen Anstiedlungspolitik zu legen und so für die mit der Durchführung dieser Politik betrauten Behörden und für alle beteiligten Kreise vollständige Klarheit zu schaffen, damit sie wissen, woran sie sind und wie sie sich in Zukunft einzurichten haben, und wir fordern von Ihnen einen höheren Betrag als bisher, weil wir mit der Anstiedlung in rascherem Tempo und größerer Ausdehnung und zum Theil in neuer Form durch die Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes fortfahren wollen. Ein solches Vorgehen wird voraussichtlich höhere Aufwendungen als bisher im Jahr erheischen, und deshalb verlangen wir rechtzeitig von Ihnen die Bewilligung reichlicherer Geldmittel für diesen Zweck. Ich möchte aber noch einen andern und für mich sehr durchschlagenden Grund für die Forderung der Bewilligung eines Kredites von einer Viertel-Milliarde geltend machen. Bei der Begründung seiner Interpellation im vergangenen Januar äußerte der Abg. Sobrecht, der größte Schaden für unsere Ostmärkpolitik entliehe, wenn unsere Landsleute im Osten an der Festigkeit und an der Stetigkeit der königlichen Staatsregierung und ihres Vorgehens auf diesem Gebiete irre würden. (Sehr richtig!) Das war vollkommen richtig, das unterstreibe ich vollkommen. Dadurch, daß ich diesen hohen Kredit für die innere Kolonisation der Provinzen Posen und

Weitpreußen von Ihnen fordern, gerade dadurch, daß wir dies mit Ihrer Zustimmung für die angegebenen Zwecke auf eine Reihe von Jahren festlegen, gebe ich öffentlich und vor dem ganzen Lande kund, daß wir diejenige Ostmarkenpolitik, die wir als die richtige erkannt haben, und welche wiederholt die Zustimmung dieses Hauses gefunden hat, ohne Zögern und ohne Schwankungen in ruhiger, fester und konsequenter Weise weiter verfolgen. Was den Inhalt der Vorlage angeht, so soll nach Artikel 1 die dort verlangte Summe durch die An siedlungs kommission in der bisherigen Weise weiter verwendet werden. Die An siedlungs kommission mag hier und da Fehler begangen haben (sehr wahr!), sie mag einmal ein Gut zu teuer bezahlt oder ein anderes an unrichtiger Stelle gekauft haben, sie mag gelegentlich einen Kauf, der sich aus politischen Interessen empfohlen hätte, aus anderen Motiven abgelehnt haben, was ja an und für sich bedauerlich ist. Ich glaube aber, daß wir der An siedlungs kommission im großen und ganzen das Zeugnis nicht versagen können, daß sie ihre Aufgabe richtig erfaßt und mit Eifer und Erfolg durchgeführt hat. Wenn Stimmen laut geworden sind, die das bestritten, wenn insbesondere der An siedlungs kommission vorgeworfen wird, daß sie mit den ihr bisher bewilligten Krediten noch nicht mehr erreicht hat, so glaube ich, daß ihr damit Unrecht geschieht. Die Tätigkeit der An siedlungs politik ist auf Jahrzehnte berechnet, und von der An siedlungs kommission, die erst seit 15 Jahren funktioniert, können doch nur solche Ergebnisse erwartet werden, die im Verhältnis zum Zeitraum ihrer Wirksamkeit stehen. Die An siedlungs kommission hat schon Erfreuliches geleistet. Wie aus der ihnen vorliegenden Denkschrift über die Ausführung der An siedlung hervorgeht, hat sie bis zum Schluß des Jahres 1901 rund 165 000 Hektar erworben, von denen bereits 100 000 vergeben und mit etwa 5000 deutschen, häuslichen Familien besetzt sind. Etwa 5000 deutsche, leistungsfähige, handtätige Bauern, auf gut eingerichteten Bauernhöfen, das bedeutet immerhin einen nennenswerten Zuwachs für die deutsche ländliche Bevölkerung in den östlichen Provinzen. Und dabei bedeutet dieses Ergebnis doch nur den ersten Beginn unserer kolonialisatorischen Tätigkeit. Weitere 64 000 Hektar sind bereits erworben und harren der Besiedlung, und die Summen, die wir jetzt von ihnen erbitten, geben bessere Hoffnungen für die Zukunft und für die praktische Tätigkeit der An siedlungs kommission. Was ich dazu thun kann, daß die An siedlungs kommission in dem Bewußtsein unserer Ziele ihre Aufgabe immer frischer anpackt, ohne bürokratische Schwerfälligkeit, ohne bürokratische Engherzigkeit, das wird geschehen. (Beifall.) Gegenwärtig ist die Bewegung im Grundbesitz in jenen Gegenden ziemlich lebhaft. Das geht daraus hervor, daß vom 1. Oktober v. J. bis zum 1. April d. J., also binnen sechs Monaten, der An siedlungs kommission nicht weniger als 40 000 Hektar zum Kauf angeboten worden sind, und es ist wünschenswert, daß diese Konjunktur bemutet wird. Bei einem neuen Güterankauf, der an und für sich nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen gegenwärtig empfehlenswert erscheint, ist es aber nicht möglich, daß die Parzellierung und die Besiedlung der Güter immer gleichen Schritt mit dem Ankauf hält. Daß das nicht möglich ist, liegt in der Natur der Dinge. Es fehlt zunächst an den nötigen technischen Beamten, ferner nimmt die Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse, die Regelung der Kirchen-, Schul- und Gemeindeangelegenheiten immerhin eine gewisse Zeit in Anspruch. Vor allem aber fehlt es an dem nötigen Material geeigneter Ansiedler, das erst allmählich beschafft werden kann. Diese Mängel haben sich schon jetzt geltend gemacht, namentlich auch insofern, als sie eine kostspielige zwischenzeitliche Verwaltung nötig machen, die oft mehr kostet, als das in verhältnismäßigem Zustande angekaufte Gut. Es kommt hinzu, daß unser Großgrundbesitz in der Provinz Posen nicht ein zusammenhängendes Ganzes bildet, sondern vielfach in politischen Besitz eingezwängt ist und sich zum erheblichen Teil nicht einmal in den Händen einzelner Besitzer, sondern größerer Verbände befindet. Diese Momente, welche in der Provinz Westpreußen, wenn auch nicht so ganz ungünstig, so doch ähnlich wie in den Provinzen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht nicht diejenige Rolle spielen und sie nicht zu derjenigen Bedeutung gelangen, die ihnen meines Erachtens bei einer kräftigen und zielbewußten deutschen Ostmarkenpolitik zukommen, namentlich soweit es sich um die Erhaltung preussischer und deutscher Wesens auf dem platten Lande handelt. Die Erhaltung eines deutschen Großgrundbesitzes im Osten liegt im staatlichen Interesse, und es liegt darum auch im staatlichen Interesse, dem allzu häufigen Besitzwechsel von einer Hand in die andere, wie er sich gerade bei dem deutschen Großgrundbesitz in Posen und Westpreußen bemerkbar macht, entgegenzutreten und in dieser Beziehung eine größere Stabilität zu schaffen. Ein sehr zweckdienliches Mittel dazu ist die Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes. In den Domänenpächtern gewinnen wir ein in landwirtschaftlicher und kultureller Beziehung günstiges, in politischer Hinsicht zuverlässiges Element, wie wir es gerade für die östlichen Provinzen brauchen, um neue wertvolle soziale und wirtschaftliche Interessen für das Deutschtum zu schaffen. Deshalb glaube ich, Ihnen die Annahme des Artikels II im deutsch-nationalen Interesse ganz besonders empfehlen zu sollen. (Beifall.) Ein Widerspruch zwischen der Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes und unserer Parzellierungs- und Besiedlungspolitik besteht nicht. Beide Aktionen können sehr wohl parallel gehen. Ein starker Domänenbesitz mit deutschen Pächtern und zuverlässigen Arbeitern neben deutschen Bauerngütern, diese beiden Dinge ergänzen einander, sie können sehr wohl parallel laufen. Ich möchte auch daran erinnern, daß wir mit diesem vorgeschlagenen Artikel II anknüpfen an einen Gedanken, den schon Fürst Bismarck gehabt hat in einer Ansprache, die er im Jahre 1894 an 2400 deutsche Männer richtete, die aus Posen nach Berlin gekommen waren. In dieser Ansprache betonte er ausdrücklich, es sei nicht sein Programm gewesen, durch die An siedlungs kommission nur die Neubesiedlung zu fördern, sondern die Hauptaufgabe sei, daß Domänen geschaffen würden unter Pächtern, auf welche der Staat einen dauernden Einfluß behalte. Ich zweifle aber nicht daran, daß sich zu den vorzüglichen Elementen, die wir bereits unter unseren Domänenpächtern besitzen, auch noch andere tüchtige Landwirte finden werden, welche nicht nur wirtschaftlich Hervorragendes leisten, sondern auch von dem Bewußtsein erfüllt sind, daß sie eine politische Pflicht übernehmen, nämlich für die Erhaltung des Deutschtums zu sorgen, und die, wie Fürst Bismarck in seiner Ansprache sagte, fest und treu auf der Wacht an der Weichsel und Warthe stehen. Hier und da ist in der Presse der Gedanke laut geworden, als ob dieser Artikel II durch andere als nationale Gesichtspunkte veranlaßt worden sei, daß er dazu dienen solle, um vertriebenen deutschen Grundbesitzern in der Weise zu Hilfe zu kommen, daß man ihnen ihre Güter zu hohen Preisen abkaufe. Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich werde selbstverständlich darüber wachen, daß die Beamten sich bei Güterankäufen lediglich vom nationalen sachlichen Gesichtspunkt leiten lassen. (Beifall.) Ich habe bei Beginn meiner Ausführungen gesagt, daß diese Vorlage ein Wechsel sei, den ich einlöse in Bezug auf meine Vorschläge zur Hebung und Stärkung unseres bedrängten Deutschtums in den östlichen Provinzen. Es wird nicht der letzte Wechsel bleiben. (Beifall rechts, Unruhe bei den Polen.) Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß noch nicht alle unsere Maßnahmen in der geschicklichen Form gegossen werden konnten, sie sind aber in der Vorbereitung. Ich hoffe, daß ich im nächsten Winter

in der Lage sein werde, weitere Vorschläge zur Stärkung des Deutschtums, sei es im Etat, sei es in besonderen Gesetzesvorlagen, dem Hause zu unterbreiten. (Beifall.) Ich habe schon im Januar gesagt, wie gern ich dem Gedanken näher treten würde, den Beamten in den gemischtsprachigen Provinzen bis zu einem gewissen Grade Zulagen zu gewähren. Mein werther Kollege und Freund, der Herr Finanzminister, hat sich bereit erklärt, die hierfür erforderliche Summe flüssig zu machen. Es unterliegt noch der Erwägung, welchen Kategorien der höheren und mittleren Beamten und der Lehrer an den Volksschulen u. s. w. und unter welchen Bedingungen diese besonderen Zulagen zu gewähren sein werden. Auch in dieser Beziehung rechne ich auf die Unterstützung des Hauses. Ich will die Debatte nicht aufhalten, ich komme zum Schluß. Das oberste Recht jedes Staates ist das Recht auf Erhaltung seiner Existenz, und unsere erste Pflicht ist es, die Existenz des eigenen Staates zu sichern. An dieser Wahrheit werde ich mich nicht irre machen lassen. Wir wollen durch den vorliegenden Gesetzesentwurf deutsche Sitte und deutsche Art in den östlichen Provinzen schützen und fördern. Wir wollen auf diesem Wege mit Ernst, Nachdruck und Konsequenz weiter gehen, damit künftige Geschlechter im Osten der Monarchie dieselbe Sicherheit und dieselbe Rechtsordnung finden, wie in allen übrigen Provinzen unter dem Scepter der Hohenzollern. Dafür erbitte ich mir die Unterstützung dieses hohen Hauses.

#### (Telegramme.)

\* Berlin, 28. Mai. Das Abgeordnetenhaus überwiegt die Polen vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

\* Berlin, 28. Mai. Die Kommission für die Polen vorlage hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abgeordneten Staudy (kons.) gewählt.

### Zur Zollpolitik.

Der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ wird aus Berlin geschrieben:

Die Presse der Rechten will neuerdings ihre Leser darauf vorbereiten, daß für noch höhere Agrarzölle als die des Tarifentwurfs unter den Verbündeten Regierungen eine Bewegung entweder schon im Gange sei, oder doch allmählich entfacht werden könne. Diese Andeutungen sind irreführend; in der Stellung der Verbündeten Regierungen zur Normierung der Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse hat sich nichts geändert, und es kann sich auch darin nichts ändern, wenn nicht das Kompromiß zwischen den Regierungen, aus dem die agrarpolitischen Bestimmungen des Entwurfs hervorgegangen sind, hinfällig und damit das ganze Gesetzgebungswerk in Frage gestellt werden soll. Der Reichskanzler würde wohl die seither zweimal ausgesprochene Unannehmlichkeit einer weiteren Verschärfung dieser Bestimmungen schon gleich bei Einbringung der Tarifvorlage betont haben, wenn sich die der Verhängung auf mittlerer Linie entgegenstehenden Abstimmlungen im Schoß der Zollkommission hätten vorhersehen lassen. In Wahrheit sind derartige den Ausgleichen der Regierungen schroff bekämpfende und für jeden Staatsmann undurchführbare Kommissionsbeschlüsse auch von den Gegnern des Tarifentwurfs nicht erwartet worden. Diese glaubten vielmehr damals, die von ihrem Standpunkt aus bedrohliche Einigung zwischen Bundesrat und Reichstagsmehrheit über den Zolltarif nur durch Vorbereitung einer scharfen Obstruktion verhindern zu können, über deren Erfolg die Meinungen auch im liberalen Lager geteilt waren. Erst durch die für alle Feinde der deutschen Tarifreform so überraschend günstigen Angriffe der Reichstagsmehrheit auf die in dem Entwurf mühsam erzielte Verständigung der Regierungen, wurde der antisozialistischen Minderheit des gegenwärtigen Reichstages ein Ab von der Brust gemommen. Sie darf das Spiel für gewonnen halten, wenn ihre Voraussetzungen erfüllt, daß ein Stück radikalster Arbeit auf dem Gebiet der nationalen Schutzpolitik, wie es erster und für die Landwirtschaft vorteilhafter seit Bismarck's Rücktritt nicht unternommen worden ist, gerade durch diejenigen vereitelt wird, die berufen wären, es Schlichter an Schlichter mit den Verbündeten Regierungen gegen alle Widerstände durchzuführen.

Die Zurückweisung der von der Kommission aufgestellten Mehrforderungen ist für die Verbündeten Regierungen durchaus nicht eine Sache des politischen Prestige. Es handelt sich nicht um die Behauptung der „Autorität“ des Reichskanzlers und des Bundesrats gegenüber dem Reichstag, es handelt sich um die Verantwortung beider Faktoren für die Gesamtinteressen der Nation, deren Lebensbedingungen sich nun einmal nach rein agrarischen Maßstäben nicht festlegen lassen. Graf v. Bülow bringt persönlich den Wünschen der Landwirtschaft die größte Geneigtheit entgegen, die ihn zum Mittelpunkt so vieler in- und ausländischer Anfeindungen gemacht hat. Aber er kann aus sachlichen Gründen nicht Beschlüssen zustimmen, deren Folgen an die Stelle der von den Verbündeten Regierungen gewollten maßvollen Schutzpolitik den Kampf um des Kampfes willen setzen, Handelsverträge unmöglich machen und die Wirtschaftsbeziehungen des Reiches zum Auslande aufs Tiefste zerrütten müßten.

### Der Deutsche Juristentag.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Der nächste, 26. Deutsche Juristentag soll auf Beschluß der händigen Deputation stattfinden in Berlin am 10., 11. und 12. September 1902. Begründungsabend Dienstag, 9. September 1902, wobei die dortige Juristische Gesellschaft, aus welcher der Deutsche Juristentag hervorgegangen, ihm in der Weise ein Fest geben wird. Samstag, 13. September, ist für einen Ausflug ins Auge gefaßt. Als Verhandlungsgegenstände sind auf die Tagesordnung gesetzt die Fragen: 1. Sind für die Ausbildung der Juristen Zwischenprüfungen zweckmäßig?

2. Welchem der jetzt amtlich eröffneten Entwürfe eines Gesetzes zum Schutze der Bauhandwerker ist der Vorzug zu geben? 3. Wie weit ist das Recht am eigenen Willde anzuerkennen und zu schützen?

4. Empfiehlt sich und in welchem Umfange die Ausdehnung der Haftpflicht auf Fahrzeuge, welche unabhängig von Schienensträngen auf öffentlichen Straßen durch elementare Kraft fortbewegt werden?

5. Bedarf die Civilprozessordnung einer Aenderung in der Richtung, daß dem Richter eine größere Mitwirkung bei dem Prozessbetriebe gewährt wird?

6. Ueber die Rechtskraft der Entscheidungen der Verwaltungsbehörden.

7. Empfiehlt sich die Aenderung der Vorschriften des § 313 des B.G.B., wonach die obligatorische Verpflichtung zur Uebertragung des Grundstücks Eigentums an gerichtliche oder notarielle Beurkundung des Vertrags geknüpft ist?

8. Welche Maßregeln empfehlen sich für die rechtliche Behandlung der Dinge oder Statelle?

9. Ist eine Revision des Strafgesetzbuchs in Aussicht zu nehmen? Welche Grundfragen für eine solche sind seit dem Deutschen Juristentag in seinen folgenden Tagungen zur Verathung vorzuliegen?

10. Soll die Strafbarkeit der sachlich falschen Aussagen vor Gericht in deutschen Rechte beibehalten, im österreichischen Rechte eingeführt werden? Die Fragen unter 1, 2, 3 und 4 sollen der zu bildenden Abteilung I, die unter 5, 6 und 7 der Abteilung II und die unter 8, 9 und 10 der Abteilung III zugewiesen werden. Die Verhandlungen der vollen Versammlung, wie die der Abteilungen werden im Abgeordnetenhaus stattfinden. Die Herren, welche als neue Mitglieder dem Deutschen Juristentag beitreten wollen, werden ersucht, unter Beifügung von 6 M. Beitrag für das Jahr 1902 die Anmeldung an J. Gutentag, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 35, Lützowstraße 108/109, zu senden.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 28. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog war den ganzen heutigen Vormittag mit Arbeiten beschäftigt. Um halb 1 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit am Hauptbahnhof Seine Königliche Hoheit den Fürsten Leopold von Hohenzollern, höchstselbst von Baden-Baden hier eingetroffen ist, und geleitete denselben ins Großherzogliche Schloß. Der Fürst wurde daselbst von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin herzlich begrüßt und in Seine Wohnung geführt. Höchstselbst verbleibt bis zum Abend. Seine Königliche Hoheit ist begleitet von dem Hauptmann Grafen von Spee. Nachmittags 5 Uhr wurde im Schloßhof des Fasanengartens Lée eingewonnen, zu welchem die Herzoglich Cumberland'schen Herrschaften und Seine Königliche Hoheit der Fürst von Hohenzollern erschienen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben: unterm 21. d. M. gnädigst geruht, den Offizianten Ludwig Schneider zum Hofhofaufseher zu ernennen.

\*\* Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths, Geh. Rath Dr. Wieland, und Prälat D. Helbing sind zur Teilnahme an der evangelischen Kirchenkonferenz nach Eisenach abgereist.

In der Sitzung der Zweiten Kammer vom 15. Mai dieses Jahres wurde gelegentlich bemerkt, daß das bairische Kunstweinsteuergesetz angesichts des durch Reichsgesetz ausgesprochenen Verbotes der Kunstweinfabrikation keinen Werth mehr habe und deshalb aufgehoben werden sollte. In dieser Beziehung hat die Großh. Steuerdirektion schon eine Verfügung vom 16. September v. J. im Steuerberordnungsblatt (1901 S. 113) veröffentlicht, wonach das Gesetz vom 27. Juni 1892 über die Besteuerung der Kunstweinfabrikation nebst den Vollzugsvorschriften vom 1. Oktober 1901 an gegenstandslos geworden ist.

Zugleich wurde angeordnet, daß Erlaubnisscheine für Kunstweinfabrikation vom 1. Oktober v. J. an nicht mehr zu erteilen seien und daß auch die in dem Gesetze vom 21. Juni 1894 vorgesehenen steuerlichen Kontrollmaßregeln in Wegfall zu kommen haben.

Diese Anordnungen schienen auch dem Finanzministerium ausreichend zu sein; insbesondere hielt man es nicht für angebracht, die zweifelhafte Thatsache, daß das Kunstweinsteuergesetz fernesein keine Anwendung mehr finden könne, durch ein förmliches Gesetz feststellen zu lassen.

\*\* Die Station Wasenweiler, die seither schon für den Wagenladungsverkehr eingerichtet war, wird am 1. Juni d. J. für den unbeschränkten Güterverkehr eröffnet.

\*\* Der Fuhrwerkverkehr über die Rheinschiffbrücke bei Grefersheim-Drauseheim, der seit 26. d. M. unterbrochen war, ist heute Morgen nach Ausbesserung des Schadens an linksseitigen Landsoch und an der Brückenzufahrt wieder aufgenommen worden.

\* (Zur Rheinhafeneröffnung.) Zu unserem gestrigen Bericht über das Festessen der Handelskammer tragen wir noch nach, daß außer den genannten Rednern Herr Generaldirektor Robert Sinner eine sehr beifällig ausgenommene Ansprache hielt, in der er auf die fernere gedeihliche Entwicklung der Rheinschiffahrt toastete. — Auch an einem stimmungsvollen poetischen Festganz zur gestrigen Feier hat es nicht gefehlt. Beim Festmahl wurde ein von unserem heimischen Dichter Albert Geiger verfaßter „Vohspruch auf die Stadt Karlsruhe“ vertheilt, in dem in gefälligen Versen die Stadt, die sich jetzt den Rhein gewonnen, gefeiert wird. — Das Nachmittags im Stadtpark stattgefundene Festkonzert erfreute sich bei der prächtigen Witterung eines sehr zahlreichen Besuchs.

Verächtlich theilen wir mit, daß Herr Ministerialrat von Siegel eben fälschlich Mitglied der heftigen Rheinschiff-

fahrskommission genannt wurde, eine solche Kommission gibt es nicht, Herr v. Wiegeler hat gestern als derzeitiger Vorsitzender der Centralkommission für Rheinschiffahrt, in der die Uferstaaten vertreten sind, gesprochen.

Von seiner Erzählung dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Wirklichen Geheimrat Raffe in Koblenz, der zu seinem Bedauern den Hofenfeierlichkeiten beiwohnen verhindert war, ist dem Herrn Oberbürgermeister Schueyler das nachstehende Telegramm zugekommen, das indessen vertraulich wurde und so kein gestriges Festmahl der Handelskammer leider nicht zur Verlesung gelangen konnte:

Zu der heutigen, für die ganze Rheinschiffahrt höchst bedeutenden Feier der feierlichen Eröffnung des Karlsruher Abhafens sende ich der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe meine herzlichsten Glückwünsche. Mögen die Hoffnungen, die sich für die Stadt und das ganze badische Land an die Vollendung des großen Unternehmens knüpfen, in reichstem Maße in Erfüllung gehen. Möge die Eröffnung des Hafensplatzes mit einem Aufschwunge des Schiffsverkehrs auf dem Rheinstrom verbunden sein zum Segen deutschen Handels und deutscher Industrie.

Raffe, Oberpräsident der Rheinprovinz.

(Großherzogliches Hoftheater. — Einmaliges Gesamt-Gastspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart.) Das Gesamtgastspiel einer auswärtigen Bühne wird stets zum willkommenen Ereignis, welches umso mehr das Interesse des intelligenten Publikums anzuziehen vermag, wenn es sich um das Zusammenwirken eines so vorzüglichen Ensembles, wie das der Stuttgarter Hofoper handelt. Der große Brand ihres Theaters hat die Künstler auf längere Zeit ihrer Wirkungsstätte beraubt; dies hat nun dem Intendanten, Herrn v. Püllig, den Impuls zu den geplanten Gastspielunternehmungen an den größten deutschen Bühnen gegeben, gleichzeitig dem künstlerischen Ehrgeiz seiner tüchtigen Schaar Rechnung tragend, dieselbe auch anderweitig zu Anerkennung und Ehren zu bringen. Unter musikalischer Leitung des Hofkapellmeisters Hugo Reichberger und der trefflichen Regie unseres langjährigen Regisseurs Herrn Hofrath August Harlacher kam das spanische Berengaria-Minodram „Die Hand“ zur Aufführung, dessen Bekanntheit uns die Mannheimer Bühne bei ihrem jüngsten Gastspiel vermittelte. Die Ausführung zeigte sich vollen Lobes würdig und bot durch die entsprechende Darstellung der Biette des Fräulein Anna Sutter, welche sich aus erfolgreichen Gastspielen auch hierorts als treffliche Sängerin allgemeiner Beliebtheit erfreut, eine höchst anregende Einleitung. Die Herren Neudörffer (Baron) und Friede (Einbrecher) setzten sich aufs Gewandteste. — Als Novität brachten die Künstler „La Bohème“, Scenen aus Henry Murger's „Die de Bohème“ in vier Bildern von G. Giacosa und L. Illica. Musik von Giacomo Puccini. Der Komponist empfand die Genugthuung, schon seine frühere Oper „Manon Lescaut“ mit nachhaltigem Erfolg an den ersten italienischen Bühnen aufgeführt zu haben; dieser wurde überboten mit dem durchschlagenden Erfolg, welchen seine musikalisch-dramatische Schöpfung „La Bohème“ in seinem Vaterlande erlangte hat. Der Stoffliche Inhalt der Oper, derweise hat auch Leoncavallo für seine gleichnamige Oper zum Vorwurf gebietet, liefert ein trauriges Bild der Pariser Sittengeschichte, und schildert, dem Buche Murger's „La vie de Bohème“ entnommen, in anheimelnderen Scenen das freie, ungebundene Leben und Treiben der jungen Pariser Künstler, Schriftsteller u. a., aus dem Jahre 1880, in ihrer tollkühnen, eigenartigen Art daher der Name „Bohème“ — Zigeunerthum. Die Musik ist reich an kurzathmigen, zum Theil süßlichen, zum Theil lebensfähig wogenden Melodien, schwimmt dann und wann in Ueberwiegendlichkeiten und scheut auch vor der Charakterisierung realistischer Brutalitäten (III. Bild) nicht zurück. Lebendige Bilder besitzt der Komponist mit kluger Hand zu illustriren, wir erinnern an die wirksamen Straßenscenen im zweiten und an die köstlich gelungenen Tanz- und Gesangszenen der Künstler im vierten Bild. Gewissen poetischen Reiz atmen auch einzelne Scenen zwischen Rudolf und Mim. Volle Bewunderung verdient die überaus dankbare und geschmackvolle Behandlung der Singstimmen, wie auch die brillante, dem modernen Geschmack Rechnung tragende Instrumentation. — Die Aufführung erschien als eine sorgsam vorbereitete, und ging durchweg flott von hatten. Von Vertretern der Hauptrollen sind in erster Reihe Fräulein Wiborg (Mim) und die Herren Peter Müller (Rudolf) und Wilhelm Friede (Marcel) zu nennen. Fräulein Wiborg verfügt über eine reich umbrante, seltene Sopranstimme, und verrät in Spiel und Auffassung warme Empfindung und viel Intelligenz. Herr Peter Müller ist uns von Bühne und Konzert ein lieber Bekannter, denn unter den lyrischen Tondichtern gehört ihm ein Ehrenplatz. Aus diesmal bewährte seine in Spiel und Gesang gleichwertig vollendete Leistung seinen in der Kunstwelt feststehenden ehrenvollen Namen. Herr Friede's volles, in edler Tonbildung gleichendes Organ erinnert an die schönen Tage, da wir den seligen Fritz Planck noch den Unfern nennen durften. Der Künstler ist ein ebenso tüchtiger Sänger, als gewandter, trefflicher und temperamentvoller Darsteller. Sehr geschickt wußte Anna Reich die schwierige Rolle der „Musette“ zu geben, dabei Liebertreibungen wohlweislich vermeidend. Herrn Julius Neudörffer lernten wir in der Partie des Schaunard als kühn gewaltigen Bassisten kennen, beglückte auch Herr Emil Holm als Coline mit prächtigem Stimmmaterial. Volle Anerkennung erwarb sich der Chor, welcher seine musikalische Aufgabe mit erfreulicher Sicherheit bewältigte und mit äußerster Belebtheit im zweiten Bilde an der Handlung sich beteiligte. Unerwarteter Lob verdient das Orchester, dabei Herr Hofkapellmeister Reichberger alle Rücksicht für seine einsichtige Leitung, desgleichen Herrn Hofrath Harlacher für die durchaus wirksame Intencierung. Gemüthlich der Wunsch, die hochschätzbaren Kräfte der Stuttgarter Hofbühne bei der Aufführung eines andern, die Interessen der Kunst vollgültiger währenden Werkes vertreten zu sehen, eines Theils seine Berechtigung, so mag jedoch andererseits dem Dank für die Bekanntheit der interessanten Novität keine Einschränkung geboten sein. — Die Großherzoglichen Herrschaften wohnten der Aufführung an.

(Der Verein deutscher Zeitungsverleger), der gestern in Stuttgart tagte, wählte den Verleger der „Karlsruher Zeitung“, Herrn Dr. Albert Mittel, in seinen Vorstand.

(Die Frohnleichnamspredigt) beginnt morgen früh halb 9 Uhr und nimmt von der Hauptkirche St. Stephan ausgehend den gleichen Weg wie im vorigen Jahre: Ständehausstraße, Friedrichsplatz, Kammstraße, Ehrbrüngen, Ritter-, Blumen-, Herrensstraße, Sophien-, Leopolds-, Amalienstraße und durch die Herrenstraße zurück zur Kirche. Das feierliche Hochamt in der Liebfrauen-, St. Bonifatius- und Bernhardskirche beginnt um 7 Uhr morgens in der St. Stephanskirche um halb 8 Uhr. Bei ungünstiger Witterung wird die Predigt auf Sonntag, den 1. Juni, um die gleiche Zeit verlegt.

Seidelberg, 28. Mai. Heute Nacht ist Geh. Rath Dr. Adolf Kufmann an einem asthmatischen Anfall plötzlich gestorben. — Am 22. Februar d. J. hat die ganze medizinische Welt an der Feier des 80. Geburtstages des hervorragenden Gelehrten und ausgezeichneten Menschen lebhaften Antheil genommen. Heute wird in weiten Kreisen sein plötzlicher Tod auf-

richtig beklagt werden. Adolf Kufmann war am 22. Februar 1822 zu Graben bei Karlsruhe geboren, studierte in Heidelberg Medizin, wurde 1848 badischer Militärarzt und nahm als solcher am Feldzug in Holstein theil. Nachdem er von 1850 bis 1853 praktischer Arzt in Randern gewesen war, setzte er seine Studien in Würzburg fort, habilitierte sich 1855 in Heidelberg und wurde dort 1857 außerordentlicher Professor. 1859 ging er als Professor der inneren Medizin und Direktor der medizinischen Klinik und Poliklinik nach Erlangen, 1863 als innerer Minister nach Freiburg i. Br. und 1876 in gleicher Eigenschaft nach Straßburg. Seit 1889 lebte er im Ruhestand in Heidelberg. Seine zahlreichen Fachschriften sichern ihm einen dauernden Ehrenplatz in der Wissenschaft. Seine vorzüglich geschriebenen „Jugenderinnerungen“ haben den liebenswürdigen, edlen Menschen auch weiten Leserkreisen näher gebracht, und schildern uns zugleich fesselnd und anschaulich ein interessantes Stück badischer Geschichte.

### Badischer Landtag.

\* Karlsruhe, 28. Mai. 92. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 30. Mai 1902, Nachmittags 4 Uhr: Angelegenheiten neuer Eingaben. Sodann Beratung des Berichts der Verfassungskommission über den Gesetzentwurf, die Gemeindebesteuerung und das Gemeindefiskusrecht betreffend. — Druckfachen Nr. 36 und 36 a. — Berichtserfasser: Abg. Dr. Goldschmidt.

### England und Transvaal.

(Telegramm.)

\* London, 28. Mai. Nach einer Depesche der „Times“ aus Prätoria ergab sich gestern bei Balmoral die gesammte Mannschaft von Bindon's Kommando, 81 an der Zahl.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 27. Mai. Die Zuckersteuerverkommission begann die Beratungen in Anwesenheit der Staatssekretäre Pöschmann, Nitschowsky und Schielmann und des Ministers Müller. Die Kommission beschloß, zuerst soll eine Generalabstimmung über die Brüsseler Konvention, sodann über die Zuckersteuervorlage und schließlich die Abstimmung über die Konvention erfolgen. Im Laufe der Debatte sprachen die Abgeordneten Nitschowsky, Limburg-Silrum und Speck die Befürchtung aus, England habe sich indirekte Prämien für Raffinerien vorbehalten. Ministerialdirektor Köhner erklärte dies durch die Brüsseler Konvention für ausgeschlossen, über deren Ausführung eine ständige Kommission wache.

\* Berlin, 28. Mai. Das „Mittlerwochenblatt“ meldet: Dem Baron E. v. Schmidt, zuletzt in französischen Diensten, wurde der Charakter als Rittmeister verliehen und ihm gleichzeitig die Genehmigung zum Tragen der Uniform der Reserveoffiziere des Kaiserregiments Rheinisches Nr. 8 mit dem für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen erteilt.

\* Köln, 28. Mai. Ein Trauerjunge mit der Leiche des Erbprinzen S. im Arm schritt rechts vom Oberpräsidenten Raffe Generaloberst v. Loë. Um 9 Uhr 30 Minuten wurde der Sarg mit der Leiche in den Dom getragen, wo Dompropst Dr. Verlage die Trauerrede hielt. Die Straßen, durch die der Zug sich bewegte, sowie der Domplatz waren durch katholische Mannschaften der Garnison, die sich freiwillig dazu erbieten hatten, abgeperrt.

\* Darmstadt, 27. Mai. Der Ausschuß der Zweiten Kammer hat jetzt Bericht über die Beratung des Vertrages zwischen Hessen, Preußen und Baden über die Vereinfachung der Verwaltung der Main-Neckarbahn erstattet. Die Mehrheit des Ausschusses gelangte zu der Ueberzeugung, daß der Vertrag seinen Zweck, die ungenügende und kostspielige Verwaltungsorganisation der Main-Neckarbahn im allgemeinen wirtschaftlichen wie im Interesse der Verkehrsinteressen endlich zu beseitigen, erfüllt, und zwar in einer Art und Weise, die den hiesigen Interessen nicht zuwiderläuft. Die Minorität des Ausschusses (Moltke, Centr. und Ulrich Soj.) verkennt keinesfalls die wirtschaftlichen Vorteile der Vereinfachung der Verwaltung, kann sich jedoch hinsichtlich der Selbständigkeit Hessens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens auch mit dem vorliegenden Vertrage nicht einverstanden erklären.

\* München, 27. Mai. Die Kammer der Reichsräte erlebte heute den Rest des Schulbedarfs Gesetzes durchweg nach den Ausschusssanträgen. Das ganze Gesetz wurde dann mit allen gegen neun Stimmen angenommen.

\* Budapest, 28. Mai. Gestern Nachmittag fand zwischen dem Ministerpräsidenten Szell und Koerber und den beteiligten Reformministern eine Konferenz betreffend den Ausgleich statt. Die Verhandlungen werden demnächst fortgesetzt.

\* Lausanne, 28. Mai. Die Konferenz der Simplon interessierten Kantone beschloß, sich bei dem Eisenbahndepartement zu erkundigen über die Bedingungen des Rückkaufs der Jura-Simplonbahn und der Direktion der Gesellschaft mitzutheilen, die interessierten Kantone seien nicht in der Lage, bis zum Ende des Monats über die Annahme oder Ablehnung des Anerbietens des Bundesrates sich auszusprechen.

\* Kopenhagen, 28. Mai. Seine Majestät der König genehmigte den Vorschlag der Regierung, über die Verlängerung der Ratifikationsfrist des Vertrages über die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln um ein Jahr, somit bis zum 24. Juli 1903.

\* Dänkirchen, 28. Mai. Das Geschwader, das mit dem Präsidenten Leubet aus Rußland zurückkehrte, traf gestern Mittag auf der hiesigen Rade ein.

\* Palermo, 27. Mai. Das englische Mittelmeergeschwader, das sich zusammensetzt aus den Dampfschiffen „Ramilles“, „Canopus“, den Kreuzern „Andromeda“ und „Diana“, ist unter dem Befehl des Contreadmirals Burges Watson, von Malta kommend, hier eingetroffen. Das Geschwader ging auf der Rade hinter den italienischen Schiffen vor Anker. Die englischen und italienischen Schiffe, sowie das Fort gaben den üblichen Salut ab. Der Admiral ging alsbald an Land und begab sich in's königl. Schloß, um dem Könige namens des Königs Edward und der englischen Nation seine Ehrfurcht zu bezeugen.

\* Madrid, 28. Mai. Sagasta reichte seine Entlassung ein. Auch alle anderen Minister stellten Sagasta ihre Portefeuilles zur Verfügung, um die Lösung der Krise zu erleichtern.

\* Bukarest, 28. Mai. Seine Majestät der König richtete ein Schreiben an den Ministerpräsidenten, in dem er die zahlreichen Beweise der Liebe und Ergebenheit hervorhebt, die ihm aus allen Theilen des Landes bei der Jubiläumssfeier kundgegeben seien.

\* Peshawar, 27. Mai. Nach einem Bericht aus Kabul ließ der Emir seinen Bruder Mirza Mohamed Umar Khan, seinen Hausverwalter und Mirza Mohamed Seddig Khan Kotwal wegen einer Intrigue mit der Mutter Mohamed Umar Khans verhaften und in's Gefängnis bringen. Er beabsichtigt, seinen Bruder und dessen Familie an die Grenze von Turkestan zu bringen.

\* Washington, 27. Mai. Seine Majestät der Deutsche Kaiser lud die General Corbin, Young und Wood als persönliche Gäste zur Thronnahme an den deutschen Herbstmanöver ein.

\* New-York, 27. Mai. Aus Willemsstad (Caracas) wird gemeldet, daß ein neuer, von der kolumbianischen Regierung unterstützter Einbruch Revolutionärer über die venezolanische Grenze vorbereitet werde. 4000 Mann hätten marschbereit in Cucuta. Die Depesche meldet ferner, daß General Castro die Befehlsführung Carupanos auf heute verschoben habe.

\* Buenos Aires, 28. Mai. Der Vertrag zwischen Argentinien und Chile ist am 27. ds. Mts. Abends unterzeichnet worden. Für etwa entstehende Streitfragen zwischen beiden Staaten ist England zum Schiedsrichter erwählt.

### Verschiedenes.

\* Darmstadt, 28. Mai. Oberhofprediger Dr. theol. Bender ist gestorben.

\* Haag, 28. Mai. Fürk Friedrich zu Waldeck und Pyrmont stiftete das Schloß Schaumburg bei Diez an der Lahn Ihrer Majestät der Königin-Mutter zur Verfügung, die von Mitte Juni an dort einige Wochen zubringen wird.

\* Paris, 27. Mai. Nach einer Meldung aus Tananarivo (Madagaskar) vom 25. Mai kamen in Majunga seit dem 19. Mai acht Erkrankungen und vier Todesfälle an Pest vor. General Gallieni ergriff sofort die nachdrücklichsten Maßnahmen gegen eine Weiterverbreitung der Seuche.

\* Paris, 28. Mai. Dem „Figaro“ wird heute Nacht aus London telegraphisch gemeldet, daß ein wahrscheinlich wahnsinniger Mensch das lenkbare Lustschiff Santos Dumont's, das sich gegenwärtig im Kristallpalast befindet, fast vollständig zerstört hat.

\* Paris, 28. Mai. Gestern Abend wurde eine Versammlung der Gläubiger der Frau Humbert veranstaltet. Der Konkursverwalter erklärte, das gesammte, zumeist aus Erträgen aus den Kunstgegenständen bestehende Aktivum werde etwa 1 200 000 Francs betragen. Einer der Gläubiger theilte mit, daß die Familie Humbert vor längerer Zeit in Buenos Aires auf den Namen Crawford-Daurignac mehrere große Dampfer kaufte. Der französische Gesandte in Buenos Aires wird hiervon verständigt und ersucht werden, die im Interesse der Gläubiger notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

\* Palermo, 27. Mai. Ihre Majestät der Königin und die Königin eröffneten die hiesige Ackerbauausstellung.

\* Konstantinopel, 28. Mai. (Telegr.) In Alexandrien kamen in der letzten Woche neun Pestfälle vor, von denen sieben tödlich verliefen.

\* New-York, 27. Mai. Während heute sechs Matrosen des deutschen Dampfers „Kronprinz Wilhelm“ damit beschäftigt waren, zwei Liften auf dem zweiten Deck zu schließen, riß eine mächtige Welle zwei Leute in die Fluten hinunter. Von den Passagieren des Schiffes wurde eine Sammlung für die Hinterbliebenen veranstaltet.

\* Fort de France, 27. Mai. (Telegr.) Gestern Abend erfolgte ein furchtbarer neuer Ausbruch des Vulkan's. Die Flammen schlugen während einer Stunde bis 150 m in die Höhe. Der Durchmesser des Kraters betrug 300 m. Das Schauspiel war von gewaltigem Sturm und dem Ausfliegen zahlloser Blitze begleitet. Das Unwetter, das sich auf die nächste Umgebung des Vulkan's beschränkte, rief unter der Bevölkerung große Erregung hervor.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 29. Mai. Abh. B. 59. Ab. Vorst. (Mittelpreise). Statt „Figaro's Hochzeit“: „Zell“, große Oper mit Ballet in 4 Aufzügen von Hoffm. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. Die bereits zu „Figaro“ gelieferten Eintrittskarten wollen, sofern sie nicht zu „Zell“ benutzt werden wollen, alsbald zurückgegeben werden.

Wetter am Dienstag den 27. Mai 1902.

Hamburg, Neufahrwasser, Münster, Breslau meist bewölkt, Schweinmünde Nachmittags Regen, Metz und Mainz heiter, Chemnitz ziemlich heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 28. Mai 1902, Vormittags 7 Uhr.

Triest wolfig 19°, Nizza heiter 16°, Florenz wolkenlos 14°, Rom heiter 16°.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 28. Mai 1902.

Im Norden von Schottland ist eine tiefe Depression erschienen. Mitteleuropa steht noch unter der Herrschaft hohen Druckes, doch hat sich dessen Kern auf die Balkanhalbinsel verlegt. Das Wetter ist auf dem ganzen Festland heiter und warm. Das fortgesetzte Fallen des Ortsbarometers läßt darauf schließen, daß die Depression ihren Wirkungsbereich weiter ausbreitet, es ist deshalb ein Witterungsumschlag, der wahrscheinlich durch Gewitter eingeleitet wird, zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Abh. Feuchtigk. in mm	Wind	Himmel
27. Mts. 9 <sup>u</sup> II.	752.3	16.0	9.6	71	S
28. Mts. 7 <sup>u</sup> II.	750.9	13.8	9.4	80	"
28. Mts. 9 <sup>u</sup> II.	748.7	25.0	7.5	32	"

Höchste Temperatur am 27. Mai: 23.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.0.

Niederschlagsmenge des 27. Mai: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 28. Mai: 5.01 m, gefallen 17 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rah in Karlsruhe.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Voranzeige.**

Nach verfassungsmäßiger Beratung und Verfindung wird in unserem Verlage erscheinen:

Das badische Gesetz betr. „die Ueberleitung der ehelichen Güterfunde des älteren Rechts in das Reichsrecht“.

erläutert und mit den Gesetzesmaterialien herausgegeben von Dr. A. Düringer, Ministerialrath im Großh. Justizministerium.

**Die Süddeutsche Versicherungs-Bank**

für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in Karlsruhe  
übernimmt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalien zahlbar werden:

- a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 u. 30 Jahre;
  - b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
  - c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
  - d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung
- Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie.  
Aufhören der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers.  
— Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorher stirbt. — Niedrige Prämien, solide, sparsame Verwaltung, alle Ueberflüsse den Versicherten.  
Auskunft erteilt und Anträge nimmt entgegen: D 650.14  
Die Direktion, Schloßplatz 7, Karlsruhe.

**Die Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten des Landes**

in der städtischen Festhalle dahier  
ist in der Zeit vom **21. Mai** bis mit **1. Juni** d. Js.  
jeweils von Vormittags 8 Uhr bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet.  
Eintritt **20 Pfg.** © 863.1

**Lebensversicherungsgesellschaft des französischen Phönix in Paris.**

Bilanz pro 1901.

A. Aktiva.		Fr.	St.
Obligationen der Aktionäre		300 000	—
Immobilien		71 868 117	15
Französische Staatspapiere		7 309 823	20
Gemeinde Anleihen		15 025 520	15
Vom franzöf. Staat garant. Wertpapiere		112 060 078	24
Verschiedene franzöf. Papiere		4 882 796	05
Ausländische Staatspapiere		22 119 113	67
Kautionen		5 162 137	71
Hypothek. Anlagen		29 991 949	96
Pfandbriefdarlehen		9 703 785	96
Rückstellungen		883 806	—
Grundbühmittel		22 506 269	25
Rückversicherer für Schäden		221 197	64
Rückversicherer für fällige Versicherungen und Renten		224 513	06
Banhhald		331 116	27
Effekten		2 264	94
Verfallene Prämien		2 376 699	95
Verfallene Zinsen und Mietzins		3 509 430	—
Kassa		302 492	93
Uebertragkonto		3 415 580	10
Saldo der Agenten		3 317 206	93
		318 213 698	96

  

B. Passiva.		Fr.	St.
Gründungskapital		4 000 000	—
Sozialreserve		8 608 000	—
Kriegsfonds		2 284 329	98
Vorsichtreserve		2 500 000	—
Immobilienreserve		2 000 000	—
Supplementreserve		1 000 000	—
Reserven für laufende Risiko		288 395 003	25
Zinseszins Anlagen		5 906 994	60
Schäden		1 630 108	60
Verfallene noch nicht regulierte Versicherungen		1 292 329	65
Verfallene Renten		248 672	40
Mietzins		329 855	20
Anteil der Versicherten für das laufende Jahr		1 007 311	88
Anteil der Versicherten aus den Vorjahren		197 857	07
Steuersfreie Dividenden für das laufende Jahr		1 040 000	—
Creditoren		659 989	97
Bank für Frankreich		1 800 000	—
Saldo des Gewinn- und Verlustkonto		313 266	86
		318 213 698	96

Die Generalagentur:

**Huth & Co.,**

Inhaber: Albert Huth, Neufreistadt. © 830

**BADEN-BADEN** Jubiläums-Ausstellung

von Kunstwerken aus Privatbesitz  
Palais Hamilton — 29. Mai bis Ende Oktober  
Baldung-Werke. Alte und moderne Meister. Kunstwerke verschiedener Epochen. Skulpturen u. A. © 861.1

**Deutsche Lebensversicherungsbank „ARMINIA“**

Aktiengesellschaft in München.

I. Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1901.

Einnahme.		Fr.	St.	Ausgabe.		Fr.	St.
Ueberträge aus dem Vorjahre		7 375 864	43	Schäden aus den Vorjahren		29 438	—
Prämien-Einnahme		2 072 980	07	Schäden im Rechnungsjahre		257 789	85
Zinsen und Mietzins		282 780	38	Ausgabe für vorzeitig aufgelöste Versicherungen		99 226	85
Kursgewinne aus Effekten		4 619	25	Dividende an Versicherte		261 711	63
Vergütung d. r. Rückversicherer		40 910	95	Rückversicherungs Prämien		349 924	94
Zuwachs der Prämien-Reserve für die in Rückdeckung gegebenen Versicherungen		216 655	17	Agenten-Provisionen		136 682	48
Sonstige Einnahmen		37 301	—	Verwaltungskosten (einschließlich Organisationskosten und Arzthonorare)		350 212	30
				Abschreibungen		34 596	22
				Prämien-Ueberträge		783 397	88
				Prämien-Reserve		7 591 829	35
				Sonstige Reserven		38 585	30
				Ueberfluß, brutto		184 820	65
				Ueberweisung an die Versicherten		87 104	20
						97 716	45
						10 031 111	25

II. Bilanz am 31. Dezember 1901.

Aktiva.		Fr.	St.	Passiva.		Fr.	St.
Verbindlichkeiten der Aktionäre		1 800 000	—	Aktien-Kapital		2 400 000	—
Grundbesitz		948 600	—	Kapital-Reservefonds		33 294	29
Hypotheken		7 024 960	—	Kriegsgefahr-Reservefonds		5 291	01
Wertpapiere		213 515	50	Schaden-Reserve		29 623	24
Polices- und Kautions-Darlehen		262 012	09	Prämien-Ueberträge		783 397	88
Guthaben bei Bankhäusern und anderen Versicherungs-Gesellschaften		302 249	96	Prämien-Reserve		7 591 829	35
Stückanlagen		39 096	62	Gründer-Reserven der Versicherten		216 836	08
Ausstände bei Agenten		142 697	63	Diverse Creditoren		4 000	—
Gesamte Prämien		501 151	79	Pr-Kautionen		5 359	13
Baare Kasse		14 694	24	Einlage aus dem Grundstüd in München		110 000	—
Inventar		26 000	—	Ueberfluß, brutto		184 820	65
Diverse Debitoren		2 369	60	Ueberweisung an die Versicherten		87 104	20
						97 716	45
						11 277 347	43

**Disentis. Luftkurort**

1150 Meter ü. Meer.

Bündner Oberland (Schweiz).

**Hotel & Kurhaus Disentiserhof.**

Angenehmer Sommeraufenthalt in aussichtreicher Lage, von schönem Waldpark umgeben. Mannigfaltige und ebene Spaziergänge. Kohlensäurebäder. Vorzügliche Erfolge bei Nervosität, Schwächezuständen, Herzleiden.

Veranden in jedem Stock. Lawn Tennis. Mässige Preise.

Verand Nr. 396 4. A. Condrau, Kurarzt und Besitzer.

**Bermischte Bekanntmachungen.**

842.1. Nr. 1515. Freiburg.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

**Vergabe eiserner Brückenkonstruktionen.**

Für den neuen Güterbahnhof Freiburg im Breisgau und seine Zufahrtslinien, sowie für die Hochlegung der Breisacher Bahn soll die Lieferung und fertige Aufstellung der Eisenkonstruktionen für weitere vier Bauwerke zusammen vergeben werden, nämlich:

Loos VIII, umfassend: eine Stroßenbrücke von 34,6 m Stützwerte und 16,0 m Gesamtbreite, im Gewicht von 212 200 kg

eine 2-gleisige Bahnbrücke von 15,0 m Stützwerte, vollwandige Bogenträger mit Buckelplattenabdeckung im Gewicht von 69 800 kg

zwei gleiche eingleisige Bahnbrücken von 6,0 m Stützwerte, Blechträger mit Buckelplattenabdeckung im annähernden Gewicht von 20 000 kg

Gesamttgewicht rund 302 000 kg

Die Pläne, Gewichtsberechnungen und Bedingungen liegen an Wertungen auf unterm Geschäftszimmer Deutschordenstraße 3, III. Stock, zur Einsicht auf. Dieselben werden auch, soweit der Vorrath reicht, gegen Einzahlung durch Postanweisung von 5 Mark nach Auswärts abgegeben.

Die Angebote, welche den Preis für 100 kg der vollständig fertig aufgestellten Konstruktionen enthalten sollen, sind bis längstens

**Sonntag, den 7. Juni d. Js., Vormittags 11 Uhr.**

auf unterm Geschäftszimmer, Deutschordenstraße 3, III. Stock, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Angebot auf Eisenkonstruktionen“ versehen einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt vier Wochen. Freiburg, den 26. Mai 1902. Groß. Eisenbahnbauinspektion. v. Stetten.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Wir versteigern am Mittwoch den 4. Juni d. Js. im Geschäftszimmer des Magazins (Eingang am Ruppardter Eisenbahnübergang) Vormittags 8 Uhr öffentlich gegen Baarzahlung:

Verschiedene abgängige Geräte, als: Absteckstäbe, Aufsteigtritte, Bänke, Wolldecken, Erdstängel, Feuerlöcher, Bahnen, Flagggen, Packfässer, Feuerwehrgurten, Aktengestelle, Lederbandhübe, Ledertaschen, Lederrücken, Hebedämme, Handlaken, Gepäckkasten, Sackkasten, Schußkasten, Kisten, Packkisten, Abwehr-Lampen, Leitern, Matrassen, Messlatten, Stiehpulte, Sägen, Leinwandstücke, Spiegel, Stühle, Schneeschaukel, Thermometer, Fische, Wanduhren, Britischer, Wasserwaagen, Bleiwaagen, Pöbelbänke u. s. w.

Freiburg, den 24. Mai 1902. Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.



**= Autol =**

unübertroffenes Oel

für Motorwagen.

H. Möbius & Sohn, Hannover-London-Basel.

**Seegras-Verkauf.**

Groß. Forstamt Forstheim verkauft in einem Boole im Wege schriftlichen Angebotes den diesjährigen Seegraserwachs im Domänenwald Dagenstiehl. Schriftliche Angebote sind bis längstens zum Eröffnungstermin:

**Freitag, den 6. Juni d. Js., Nachmittags 3 Uhr.**

im Geschäftszimmer des Forstamtes, wofolbst die Bedingungen aufliegen, verschlossen einzureichen. © 859.1.

Näheres durch die Forstwärter Kramer und Maier auf Seebass.

**Bürgerliche Rechtskreie.**

© 865. Nr. 24749. Karlsruhe. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Arthur Feder in Karlsruhe wurde am 27. Mai 1902, Nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Kaufmann Moriz W o n d dahier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. Juli 1902 bei dem Gericht anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 123 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

**Dienstag, den 24. Juni 1902, Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

**Montag, den 14. Juli 1902, Vormittags 10 Uhr,** vor dem diesseitigen Gerichte, Akademiestraße 2, 2. Stock, Zimmer Nr. 13, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. Juli 1902 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 28. Mai 1902. Gerichtsschreiber über das Gr. Amtsgericht.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Soeben erschien:

**„Muster 36“**

Anleitung für die Hilfsbeamten der staatlichen Grundbuchämter nach seinen Vorträgen bearbeitet von Landgerichtsrath **Wainhard.** Preis geb. M. 2.—

So beziehen durch alle Buchhandlungen.